

Antrag *)

der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Unterrichtung des Landtags über Sachstand und Entwicklung der Cash Settlement & Ticketing GmbH (CST)

Der Landtag stellt fest:

In seinem Jahresbericht 2011 hat der Rechnungshof Rheinland-Pfalz die Betätigung des Landes bei der Cash Settlement & Ticketing GmbH (CST) geprüft. Gegenstand dieser Prüfung waren die Gründung der Gesellschaft CST, die Kontrolle der CST durch die Gesellschafterin Nürburgring GmbH, die Businesspläne, die Finanzierung, die Geschäftsbesorgung durch die Mediinvest GmbH, die Geschäftsführung der CST und verschiedene Vertragsabschlüsse.

In dem am 13. April 2011 vorgestellten Teil II des Berichts hat der Rechnungshof zu diesen Sachverhalten eine Reihe von Prüffeststellungen aufgelistet (vgl. Jahresbericht 2011, Teil II, S. 16 ff.) Im Ergebnis empfiehlt der Rechnungshof, den Landtag regelmäßig über die wirtschaftlichen Entwicklungen der CST zu unterrichten (vgl. Jahresbericht, Teil II, S. 21).

Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Landtag zum Ende des 1. Quartals 2012 und danach jährlich bis zum 31. Juli eines jeden Kalenderjahres schriftlich über den aktuellen Sachstand und die wirtschaftliche Entwicklung der CST zu unterrichten.

Dieser Bericht soll – neben den allgemeinen aktuellen Darstellungen der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft – insbesondere eine Planung für das laufende Jahr sowie den aktuellen Finanz- und Geschäftsbericht enthalten.

Der erste Bericht enthält zudem die gegebenenfalls vorläufigen Fakten eines Finanz- und Geschäftsberichts für das Jahr 2011 sowie die bis dahin aus dem Landesrechnungshofbericht als noch nicht erledigten Forderungen bzw. dokumentierten Punkte.

Sollten sich zwischen den Berichtszeiträumen aus Sicht der Landesregierung wesentliche Sachverhalte verändern oder sich Sachverhalte ereignen, welche aus Sicht der Landesregierung wesentliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere auf die Ertrags- oder Liquiditätssituation der Gesellschaft, zur Folge haben könnten, so berichtet die Landesregierung dem Landtag unaufgefordert schriftlich und zeitnah.

Die jeweiligen Jahresberichte sowie ggf. anfallende Zwischenberichte werden auch dem Rechnungshof seitens der Landesregierung zugeleitet.

Für die Fraktion der SPD:
Barbara Schleicher-Rothmund

Für die Fraktion der CDU:
Hans-Josef Bracht

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nils Wiechmann

*) Dieser Antrag tritt an die Stelle des Antrags der Fraktion der CDU – Drucksache 16/208 –. Der Präsident des Landtags hat den Antrag gemäß § 60 Abs. 2 der Vorläufigen Geschäftsordnung des Landtags unmittelbar an den Innenausschuss überwiesen.